

4.

Landtagssitzung am 15. März 1926

----- Genehmigt in der Sitzung v. 17. März 1926 -----

Beginn der vertraulichen Besprechung im Konferenzzimmer 9 Uhr

Vorm. / Siehe Protokoll im Anhange/.

Fortsetzung der Beratungen in Saale 9.45

Anwesend: Alle Abgeordneten bis auf A. Walser- entschuldigt.

Reg: Reg. Chef Prof. Schädler.

Dr. Beck: Liest den Einkauf vor : Eingabe der 6 Abgeordneten betreffend die Prämiensätze der 'Donau'- Versicherungsgesellschaft. Der Gegenstand wird der Regierung zur Behandlung überwiesen.

Eingabe der Gemeinden Vaduz und Schaan betreffend Subventionierung der Verbauung der Quaderrufe. Die Finanzkommission hat beschlossen dem Gesuche zuzustimmen.

Mitteilungen: Erhöhung der Zollpauschale auf 250,000 Frs. Die Erhöhung ist um 50,000 Frs grösser als im Finanzgesetz 1926 vorgesehen ist.

Mitteilung der Regierung über das Ergebnis der Abstimmung der Landesbrandschadenversicherung.

Das Landtagsprotokoll ^{vom 6. Febr und} v. 11. Febr 1926 wird nach einer Ergänzung und einer redaktionellen Richtigstellung genehmigt.

Dr. Beck: II. Punkt der Tagesordnung : Regierungsratswahl.

Battliner: Ich ersuche die Tagesordnung umzustellen, so dass der jetzige Punkt III " Kredit f. Seuchenbekämpfung" vor der Regierungsratswahl kommt. Die Seuchenbekämpfung ist sehr wichtig. In der Regierungsratswahl werden wir nicht einig.

Vogt: Ich stelle den Antrag bei der Tagesordnung zu bleiben. Es ist selbstverständlich, dass die Regierung die Kompetenz für die nötigen Kredite zur Seuchenbekämpfung hat.

Battliner: Die Regierung kann ~~natürlich~~ natürlich über jeden Kredit in der Frage der Seuchenbekämpfung verfügen.- Die Minderheit ist für jede Massnahme ~~gegen~~ gegen die Seuchenbekämpfung und bewilligt jeden nötigen Kredit dafür. Auffallend ist aber, dass in der Tagesordnung die Seuchenbekämpfung nach der Regierungsratswahl steht.

Quaderer: Auch die Abgeordneten der Mehrheit sind der Auffassung,

dass die Kredite für die Seuchenbekämpfung sehr wichtig sind. Die Regierung hat das Vertrauen, dass sie alles tut, um die Gefahr zu bekämpfen. Das Landesverwaltungspflegegesetz giebt ihr ^{die} Mittel dazu.

Dr. Beck: Verliest Art. 130 des Land.Verwaltgs.Pflegegesetz^{es} und fügt hinzu, dass in Fällen grosser Gefahr, der Landweibel oder Vorsteher eine Notschlachtung veranlassen kann; die vom Staate entschädigt werden muss.

Es liegen 2 Anträge vor. Es gäbe eine dritte Lösung, wenn der Gegenstand aus der Liste gestrichen wird.

Peter Büchel: Wenn die Regierung den Gegenstand nicht zurückzieht, unterstütze ich Antrag Battliner und ersuche abzustimmen.

Antrag

Die Abstimmung ergiebt 6 Stimmen für Battliner

Für Antrag Vogt ergeben sich auch 6 Stimmen.

Der Präsident entscheidet für Antrag Vogt.

Dr. Beck: Ich bitte die Stimmzettel für die Regratswahl auszuteilen.

Battliner: Das erste Mal hat man die Klassenlotterie vor die Regierungsratswahl gestellt. Man hat damals im Unterlande Unterschriften gesammelt. Ich habe ~~es~~ es wie eine Falle betrachtet. Heute kommt nach der Reg. Ratswahl die Seuchenbekämpfung. Das ist eine Falle. Entweder wir wählen den Reg. Rat oder wir hören auf. Anderswo würde man sagen, das ist eine Komödie. Man soll uns lieber nicht mehr her berichten. Wir bleiben beim Dr. Marxer, komme was wolle. Alle Folgen trägt die Mehrheit. Man hat uns mit Füßen getreten.

Marxer: Ich möchte nochmals an die Mehrheit appellieren, unserem gerechten Verlangen entgegen zu kommen. Dann giebt es Frieden und Vertrauen in Regierung und Landtag.

Peter Büchel: Im Konferenzzimmer ist lange genug gesprochen worden. Der Herr Präsident hat betont uns entgegenzukommen. Er dürfte sich versprochen haben. Es ist kein Entgegenkommen, wenn wir nicht selber unseren Kandidaten bestimmen können. Wir vertreten die halbe Wählerschaft.

Von unserem guten Rechte giebt es kein Abstehen.

Die Regierung ist dann immer noch mit 2/3 mit der Volkspartei besetzt. Also in Regierung und Landtag ist sie immer noch in der Mehrheit. Wenn wir nachgeben, riskieren wir alles. Entweder wir haben eine Stimme im Landtage oder wir haben keine. Sonst können wir daheim bleiben. Wir wollen Frieden, aber wir vertragen keinen Gewaltfrieden. Wir haben den Wahlvorschlägen der Mehrheit einstimmig zugestimmt. Die Mehrheit hat uns aber nicht gleich behandelt. Das will ich nicht rügen, nur feststellen.

Wenn wir unser gutes Recht nicht erhalten, können wir zuhause bleiben und ersparen dem Lande Kosten.

Kaiser: unterstützt Peter Büchel. Da wollen wir lieber zuhause bleiben.

Vogt: Es ist eine eigentümliche Auffassung. Man lehnt die Verantwortung^{el} und doch beansprucht man alles Mögliche und Unmögliche. Das ist naiv. Wenn wir die Verantwortung tragen, dann haben wir auch das Recht zu bestimmen. Wir wollen keine Diktatur haben. Es geht nicht an, dass 6 bestimmen für 9. Ich beantrage Abstimmung.

Hoop: Es kommt mir interessant vor. Die halbe Bevölkerung soll in der Regierung nicht vertreten sein. Ist die eine Hälfte nur da zu steuern, und die andere nur zum befehlen?

Peter Büchel: Vogt stellt die Tatsachen auf den Kopf. Wir haben keine Diktatur aufgestellt. Wir haben gebettelt. Auch heute wiederholen wir die Bitte unseren gerechten Wunsch zu erfüllen, dem Frieden im Lande zuliebe. Entweder wir sind etwas, oder wir sind nichts. Ich ersuche nochmals die Mehrheit endlich Vernunft anzunehmen, - wir entschlagen uns jeder Verantwortung.

Dr. Beck: Wir haben Ihnen gesagt, dass wir Ihrem Abg. Marxer die Stimme geben wollen.

Reg. Chef: Wenn die Minderheit heute wieder abtritt, werde ich heute die Situation der Landesfürsten sofort telegrafisch

bekannt geben und ich glaube bald in der Lage zu sein,
Sie, meine Herren, wieder hierher zu bitten.

Dr. Beck: Ich bitte die Stimmzettel auszuteilen

Die ⁶Herren Abgeordneten des Unterlandes verlassen den Saal.

Dr. Beck: Stellt die Beschlussunfähigkeit des Landtages fest
und schliesst die Sitzung.

Schluss 10.50

Die Protokollführer:

- 5 -

Vertrauliche Besprechung im Konferenzzimmer am 15. März 1926

Beginn 9 Uhr.

Anwesend: Alle Abgeordneten bis auf A. Walser-entschuldigt.

Reg. : Reg. Chst Prof. G. Schädler.

Battliner: Kommt man uns in der Reg. Ratswahl entgegen oder nicht ?

Dr. Beck: Eine Selbstaufopferung giebt es nicht. Der Regierung giebt man das Vertrauen nicht. Ihre Presse bringt ständig die Angriffe.

Battliner: Wir haben heutenoch keine Regierung. Wir wollen aber die Verantwortung mittragen und wollen den Mann, der uns passt.

Peter Büchel: Was die Presse geschrieben hat, damit haben wir nichts zu tun. Aber wenn wir unseren Mann drinnen haben müsste die Presse schweigen. Wir haben fast 50 % der Wähler und wären doch nur mit einem Drittel in der Regierung vertreten.- Wenn unser Mann in der Regierung nicht unsündlich die Landesinteressen vertreten würde, würden wir ihm sofort das Misstrauen aussprechen. Aber wenn wir nicht selber den Mann bestimmen können, dann sind wir Hampelmänner und können zuhause bleiben. - Wenn Ihr uns dem Mann nicht gebt, den wir wollen, tragen wir keine Verantwortung. Wir wollen keinen Gewaltfrieden. - Ich begreife Euren Standpunkt vollkommen. Ihr müsst den Mann ja nicht wählen- Im dritten Wahlgange gilt ja das relative Mehr. Alle miteinander sind wir in einer Sackgasse.

Dr. Beck: Ich verstehe Dr. Marxer nicht- schon seines Berufes wegen. Man wird ja gleich verdächtigt.

Peter Büchel: Wegen der Zeitungsschreiberei: Die hört von selbst auf, wenn unser Mann drinnen ist. Wir würden unseren Einfluss bei der Presse in der Sache aufbieten.

Wenn wir nachgeben, bekommen wir schon in Schaan Wühse.

Ich schäme mich nachhause zu gehen. Wir haben nur noch ein entweder oder. Ihr habt nichts zu verspielen. Ihr habt immer noch die Mehrheit.

Vogt: So schlimm wird es nicht, wenn Ihr nachgibt. - Es ist eine besondere Zumutung an uns, abzutreten, wenn ~~IX~~ der Reg. Rat gewählt werden soll.

Hoop: sagt, dass er in der letzten Sitzung noch viel mehr das Vertrauen verloren, da festgestellt wurde, dass am 11. Feber die Klasselotteriekonzession den alten Inhabern noch nicht entzogen war, während am 30. Jänner jedem der Entwurf mit der neuen Gesellschaft vorgelegt worden ist, in dem stand, dass die Konzession der alten Inhaberin entzogen sei. Also man hat uns fast amtlich angelogen.

~~XXXXXXXXXX~~ Reg. Chef: Ich protestiere gegen den Vorwurf der Lüge. Dr. Emil Beck war als juridischer Berater bestellt, es wurde dann Dr. Reich beigezogen - bei der Doppelspurigkeit ist dann die Unterlassung geschehen. Die Regierung war im besten Glauben, dass die Konzession entzogen sei.

Battliner: Warum stehen die Mitteilen auf der Tagesordnung zuerst. Ich beantrage ferner den Gegenstand Seuchenbekämpfung vor den Punkt Reg. Rat-Wahl zu stellen - in letzteren Punkte werden wir doch nicht einig werden.

Dr. Beck: Die Reihenfolge ist richtig. Die Mitteilungen kommen immer zuerst, und dann folgen immer die alten, nicht erledigten ~~Sachen~~ Sachen.

Reg. Chef: Der Vorgang ist immer so eingehalten worden.

Peter Büchel: Unterstützt Battliner. Ich habe übrigens bereits s.zg. betont, dass 1000.- Frs. für den Posten nicht reichen. Er rügt die Ausdrucksweise von Vogt. Wenn das im Saale erfolgen würde, müsste er anders entgegenen.

Vogt: Die Tagesordnung soll bleiben wie sie ist.

Peter Büchel: Man kann Hoop begreifen, der als ehrlicher Abgeordneter etwas daran findet, wenn die Konzession 11 Tage später immer noch nicht entzogen ist.

Bargetze: Hoop hätte sich vorher erkundigen sollen.

Peter Büchel: Wenn er es im Konferenzzimmer sagt, ist nichts dabei.

Bargetze: Die Tagesordnung soll bleiben.

Dr. Beck: Liest Art .130 des Landesverwaltungspflegegesetzes vor. Die Regierung hat den Kredit für die Bekämpfung der Seuchen.

Vortz: Ich möchte darauf hin weisen: Für die Seuchenbekämpfung sollte vielleicht ein Fond angelegt werden. Man könnte die Taxe für Gesundheitsscheine erhöhen.

Marxer: Es muss alles getan werden, um die ~~die~~ Seuche aufzuhalten. Es wäre besonders für das Unterland eine Katastrophe, weil das Unterland Alpen in Oesterreich hat.

Reg. Chef: Die Regierung könnte den Gegenstand zurückziehen, denn sie ist verfassungsmässig gedeckt.

Casner: Es wäre eine dritte Lösung, wenn die Regierung den Gegenstand zurückziehen würde.

Battliner: Wir billigen die ergriffenen Massregeln. Jeder Verkehr ist abgesperrt. In 2-3 Monaten entscheidet es sich, ob wir die Seuche bekommen oder nicht.

Reg. Chef: Ich müsste wegen Zurückziehen des Gegenstandes mit dem Kollegium Rücksprache nehmen

Peter Büchel: Beantragt in den Saal zu gehen.

Man geht in den Saal.